

K U R Z B E R I C H T E

Redaktionsschluss: 12. Jänner 2006

Euroraum-Daten auf einen Blick

Aurel Schubert

Vor dem Hintergrund einer verstärkten Nachfrage nach vergleichbaren statistischen Daten über die Länder des Euroraums bietet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) seit dem 6. Dezember 2005 ausgewählte finanz- und monetärstatistische Daten von Einzelländern des Euroraums auf ihrer Homepage an. Damit sind nun harmonisierte Daten für diese Länder mit den jeweiligen Euroraum-Aggregaten erstmals auf einen Blick verfügbar.

Ähnliche Plattformen wurden auch bei anderen Zentralbanken des Eurosystems und der Europäischen Zentralbank (EZB) in der jeweiligen Landessprache eingerichtet. Die Daten werden monatlich zentral aktualisiert. Das nunmehr in dieser Form vorhandene Datenangebot ist allerdings nur ein erster Schritt, eine Erweiterung um zusätzliche Zeitreihen ist bereits in Planung.

Die einzelnen Zentralbanken des Eurosystems, im österreichischen Fall die OeNB, erheben die notwendigen

nationalen Daten, bereiten sie auf und senden sie an die EZB. Diese führt die Einzelländerdaten zu den Euroraum-Aggregaten zusammen, die dann als wichtige Grundlage für die geldpolitischen Entscheidungen dienen.

Der österreichischen Öffentlichkeit stellt die OeNB mithilfe der Internettechnologie und internationalen Statistikstandards (SDMX) dieses Datenangebot auf ihrer Homepage zur Verfügung. Wesentliches Ziel dieser zentralen Darstellung wichtiger finanz- und monetärstatistischer Daten ist, die Kommunikation von Statistiken an die Medien und die Bürger zu vereinfachen und ihnen das Eurosystem als Netzwerk von eng zusammenarbeitenden Institutionen näher zu bringen.

Dieses neue Informationsangebot der OeNB finden Sie unter <http://statistik.oenb.at> im Bereich „Statistische Daten/Internationale Vergleiche/Harmonisierte Euroraum-Daten“.

Entwicklung und Bedeutung der Direktbanken

Stand 30. Juni 2005

Nikolaus Böck

Dem Melderkreis der Direktbanken sind folgende Institute zuzuordnen:

- 14200 KI easybank AG
- 18400 KI Generali Bank AG
- 18700 KI ecetra Central European e-Finance AG
- 19210 ZW ING DiBa Direktbank AG (Niederlassung der Allgemeinen Deutschen Direktbank AG)
- 19250 KI direktanlage.at AG

Im Gegensatz zu traditionellen Kreditinstituten fungieren die fünf beobachteten Banken als Direktbanken. „Direktbank“ bedeutet, dass auf einen stationären Vertrieb verzichtet wird,

die Geschäftsabwicklung erfolgt dabei ausschließlich über Internet, Telefon und Postweg.

Das Angebot an Produkten ist sehr unterschiedlich. Es reicht von Spezialisierung auf Wertpapierveranlagungen über wenige ausgewählte Produkte im Spar- bzw. Kreditbereich, bis zu einem sehr weit gefächerten Dienstleistungsangebot, wie man es nur von klassischen Universalbanken kennt.

Als Zweigstelle der Allgemeinen Deutschen Direktbank AG untersteht die „ING DiBa Direktbank Austria“

der Aufsicht des Herkunftslandes Deutschland. Für die Beurteilung der Einlagensicherung sind somit die Bestimmungen des deutschen Kreditwesengesetzes heranzuziehen. Gemäß § 6 Abs. 1 des Statuts des Einlagensicherungsfonds sind die Sicht-, Termin- und Spareinlagen einschließlich auf den Namen lautender Sparbriefe jedes einzelnen Kunden bis zur Sicherungsgrenze von 284.055.000 EUR voll geschützt. In Österreich muss jedes Kreditinstitut, das die Berechtigung zur Entgegennahme gesicherter Einlagen hat, einer Einlagensicherung im Rahmen des jeweiligen Fachverbands angehören. Die Höchstgrenze der gesicherten Einlagen beträgt 20.000,- EUR pro Einleger. Die restlichen vier Banken haben alle ihren Hauptsitz im Inland und sind Mitglieder der österreichischen Einlagensicherung der Banken und Bankiers GmbH.

Die easybank AG ist seit 31. Jänner 1997 meldepflichtig, die ING DiBa Direktbank AG folgte im Jahr 1999, zwei Institute (ecetra Central European e-Finance AG und direktanlage.at AG) wurden während des Jahres 2001 gegründet und das bis dato letzte Kreditinstitut (Generali Bank AG) nahm seine Geschäftstätigkeit mit 31. Dezember 2002 auf.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2004 konnten kontinuierliche monatliche Bilanzsummenwachstumsraten von über 3% festgestellt werden (meist sogar deutlich über 5%). Dies führte dazu, dass sich die jährliche Wachstumsrate im Juni 2005 auf 102,02% belief – was quasi einer Verdoppelung innerhalb eines Jahres gleichkam. Im Vergleich dazu lag die monatliche Spannungsbreite im selben Beobachtungszeitraum bei Betrachtung aller Banken zwischen –0,55% und +1,80%. Die jährliche Wachstums-

rate der Bilanzsumme aller Banken im Juni 2005 lag bei 9,66%.

Der Anteil der Direktbanken gemessen an der Bilanzsumme stieg im Zeitraum Juni 2003 bis Juni 2005 von 0,12% auf 0,26%. In absoluten Zahlen ausgedrückt kamen die Direktbanken auf eine aggregierte Bilanzsumme von 1,84 Mrd EUR (Bilanzsumme aller Banken per Ende Juni 2005: 697,51 Mrd EUR).

Zielgruppe der Direktbanken ist das Kundensegment der Nichtbanken (insbesondere die privaten Haushalte). Das Kerngeschäft der Direktbanken liegt primär im Einlagengeschäft und hier wiederum im Sichteinlagenbereich, wo auch das stärkste Wachstum zu beobachten ist. Während die Sichteinlagen aller Banken um bemerkenswerte 10,88% im Jahresabstand stiegen, kam es bei den Direktbanken zu einer außergewöhnlichen Wachstumsrate von 148,52% im selben Zeitraum. Dies hatte zur Folge, dass der Anteil der Sichteinlagen der Direktbanken an allen Sichteinlagen Ende Juni 2005 bei 2,50% (+1,64 Prozentpunkte gegenüber Juni 2003) lag.

Der Anteil der gesamten Einlagen von inländischen Nichtbanken expandierte von 0,29% (Juni 2003) auf 0,75% (Juni 2005). Im Vergleich zur globalen Entwicklung aller Banken (+5,19%) wiesen die Einlagen eine jährliche Wachstumsrate von 114,42% auf.

Das aktivseitige Geschäft (insbesondere Direktkredite; Anteil im Juni 2005: 0,11%) mit Nichtbanken verzeichnete demgegenüber bei weitem nicht so starke Zuwächse.

Rund 60% der Bilanzsumme werden aktivseitig in Geschäfte mit dem Ausland veranlagt. Der Großteil davon betrifft ausländische Interbankengeschäfte.

Auslandsaktiva von konsolidierten Kreditinstituten – vom Obligo zum Letztrisiko

Die neue Restlaufzeiten- und Risikostatistik

Bettina Lamatsch

Inhalt der Meldung

Mit Meldestichtag 30. Juni 2005 wurde erstmalig die neue Restlaufzeiten- und Risikostatistik erhoben. Diese Meldung gliedert sich in zwei Teile und zwar einerseits in die für aufsichtsrechtliche Belange notwendigen Informationen über die Gliederung der Aktiva und Passiva nach Restlaufzeiten und andererseits in eine Länderdarstellung der Auslandsaktiva der in Österreich tätigen Kreditinstitute gemäß den Vorgaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).

Im Folgenden wird speziell auf den zweiten Teil dieser neuen Erhebung und im Besonderen auf die Abbildung der Auslandsaktiva sowie deren Länderrisikotransfer zum Letztrisiko (Ultimate Risk) Bezug genommen. Gemäß den Anforderungen der BIZ werden die Auslandsaktiva auf konsolidierter Basis erhoben und nach Restlaufzeiten und volkswirtschaftlichen Sektoren untergliedert.

Die Gründe für diese neuartige Erhebung liegen auf der Hand. Aufgrund des erhöhten Engagements österreichischer Banken im Ausland und dem damit verbundenen Länderrisiko gewinnt die detaillierte Analyse des Auslandsgeschäfts auch für die österreichische Bankenaufsicht vermehrt an Bedeutung. Ebenso verdeutlichen auch die neuen Bestimmungen, die im Rahmen von Basel II in Österreich umgesetzt werden, die Fokussierung auf die genaue Risikobetrachtung der Kreditinstitute. Mit früheren Konzepten einer singulären Betrachtung der Bilanz und der Ertragsdaten finden die Bankenaufseher nicht län-

ger ihr Auskommen, um die Risikosituation eines Kreditinstituts ausreichend zu beurteilen. Der Ruf nach genaueren bzw. umfangreicheren Beurteilungsmethoden verhallte nicht ungehört. Die BIZ hat bereits im Jahr 2002 parallel zu den ersten Diskussionen um ein neues Regelwerk für Basel II versucht, ihr Konzept einer Abbildung des Länderrisikos in ihre bereits bestehende konsolidierte Bankenstatistik einzupflegen. Mit Ende Dezember 2004 wurde dieses neue Konzept erstmals vom Großteil der 31 Staaten, die diese Statistik an die BIZ übermitteln, umgesetzt. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) hat sich aufgrund des Bewusstseins über die Relevanz dieser Informationen ebenfalls entschlossen, diese Datenanforderungen umzusetzen und konnte erstmalig mit dem zweiten Quartal 2005 die gewünschten Daten an die BIZ in aggregierter Form übermitteln.

Um Kleinbanken, deren Auslandsgeschäft vernachlässigbar ist, von dieser neuen Meldepflicht zu entbinden, wurde in Österreich ein eigener Melderkreis definiert. Zum Melderkreis zählen alle Kreditinstitute, die im geprüften, unkonsolidierten Jahresabschluss Auslandsaktiva von über 100 Mio EUR aufweisen. Per Ende September 2005 erfüllten 69 Kreditinstitute dieses Kriterium. Bei Vorliegen eines Bankkonzerns ist das Institut verpflichtet, diese Erhebung auf konsolidierter Basis zu übermitteln. Für die vorliegende Analyse werden all jene Kreditinstitute abgezogen, deren Daten bereits in der Konzernmeldung des übergeordneten Instituts enthalten sind. Somit ergibt sich eine Mel-

deranzahl von 54 für die konsolidierte Darstellung der Auslandsaktiva.

Auslandsaktiva

Zum Berichtstermin September 2005 beliefen sich die konsolidierten Auslandsaktiva der 54 meldepflichtigen Kreditinstitute auf 318,87 Mrd EUR. Seit dem Vorquartal wurde hier ein Zuwachs um 9,55 Mrd EUR (+3,1%) festgestellt. Die gesamten konsolidierten Aktiva in Höhe von 639,45 Mrd EUR resultierten somit je zur Hälfte aus dem Auslands- bzw. dem Inlandsgeschäft (49,87% bzw. 50,08%). Gegenüber Internationalen Organisationen, die nicht einem Land zugeordnet, sondern gesondert gemeldet werden, belief sich der Anteil der Aktiva auf marginale 0,05%.

Von den 318,87 Mrd EUR Auslandsaktiva entfielen 59,5% auf Aktiva an ausländische Nichtbanken und 38,0% auf Aktiva an Kreditinstitute im Ausland. Die Aktiva an den Sektor Staat, die einen Bestandteil des Sektors Nichtbanken bilden, beliefen sich auf 14,3%. 2,5% der gesamten Auslandsaktiva konnten keinem volkswirtschaftlichen Sektor zugeordnet werden (z. B. Grundstücke im Ausland). Seit Juni 2005 stiegen die Aktiva an ausländische Nichtbanken um 3,3%, jene an ausländische Kreditinstitute um 2,8%.

Bei Betrachtung der Auslandsaktiva, gegliedert nach den von der BIZ definierten Ländergruppen, zeigte sich, dass Österreichs Banken den Großteil ihrer Geschäfte (86%) mit europäischen Staaten abwickeln, wobei dieser wie bereits im Vorquartal nahezu zur Hälfte aus Aktiva gegenüber Schwellenländern Europas (44%) und Industriestaaten Europas (42%) bestand. Zu den Schwellenländern Europas zählen auch die im Jahr 2004 aufgenommenen neuen EU-Mit-

gliedstaaten, wie beispielsweise Ungarn, Zypern und Malta. Der restliche Anteil verteilte sich mit 8% auf sonstige Industriestaaten (Australien, Kanada, Japan, Neuseeland und die USA), mit 3% auf Offshore-Zentren und mit jeweils 1% auf Afrika und den Mittleren Osten, Asien und Pazifik sowie Lateinamerika und die Karibik.

Im dritten Quartal 2005 zählten 180 Staaten zu den Geschäftspartnern der in Österreich tätigen Kreditinstitute. Zu den größten fünf Volumina gehörten die Auslandsaktiva an Deutschland mit 41,86 Mrd EUR, gefolgt von jenen an die Tschechische Republik (26,43 Mrd EUR), das Vereinigte Königreich (25,46 Mrd EUR), Polen (20,98 Mrd EUR) und die USA (19,95 Mrd EUR). Es zeigte sich, dass die meldepflichtigen Kreditinstitute vermehrt Geschäfte mit dem benachbarten Ausland abschließen.

Hohe Auslandsaktiva wurden auch in jenen Staaten verzeichnet, in denen die meldepflichtigen Kreditinstitute Auslandstöchter halten. Im Rahmen dieser Erhebung werden auch die Auslandsaktiva der vollkonsolidierungspflichtigen ausländischen Kreditinstitute, die im Besitz der in Österreich tätigen Kreditinstitute sind, erhoben. Zum Stichtag 30. September 2005 belief sich die Anzahl der meldepflichtigen Auslandstöchter auf 50. Österreichs Banken halten die meisten Beteiligungen mit jeweils sieben Auslandstöchtern in Ungarn und Kroatien. Die konsolidierten Aktiva gegenüber Ungarn lagen in der Rangordnung nach der Höhe mit einem Volumen von 19,18 Mrd EUR bereits auf Platz 6, gefolgt von Kroatien mit 17,92 Mrd EUR. Platz 8 belegte ebenfalls ein Nachbarland, und zwar Italien mit Ausleihungen in Höhe von 17,27 Mrd EUR. Auf Platz 9 folgt

die Slowakische Republik (16,01 Mrd EUR), die als Sitzland für sechs Auslandstöchter, ebenso wie die Tschechische Republik (Platz 2) und Malta (1,42 Mrd EUR), ein breites Betätigungsfeld für Österreichs Banken bietet. Die Niederlande bilden mit 9,24 Mrd EUR das Schlusslicht der Top 10 der Schuldnerstaaten. Die Plätze 11 und 12 werden von Rumänien (7,39 Mrd EUR) und Slowenien (7,38 Mrd EUR) eingenommen, in denen jeweils fünf Auslandstöchter beheimatet sind.

Risikotransfer

Der Risikotransfer stellt den Saldo aus Garantien, Sicherheiten und „sonstigen Transaktionen“ (z. B. Derivatgeschäfte, Eigentumsverhältnisse) dar, die risikoerhöhend bzw. risikovermindernd wirken. Das Eigengeschäft der Banken findet hier ebenfalls seine Berücksichtigung.

Während gegenüber 180 Staaten ein Obligo aushaftend war, wurde bei 185 Staaten ein Letztrisiko verzeichnet. Diese Differenz ergibt sich durch die Gewährung von Garantien an Staaten, die selbst keine Verbindlichkeiten gegenüber den in Österreich tätigen Kreditinstituten haben.

Bei der Analyse der Auswirkungen des Risikotransfers auf die einzelnen Ländergruppen, zeigte sich, dass die meldepflichtigen Kreditinstitute ihr Letztrisiko bei drei Ländergruppen – bezogen auf ihr ursprüngliches Obligo – leicht erhöht haben. Dazu zählen Lateinamerika und die Karibik (+8,3%), die Industriestaaten Europas (+9,3%) und sonstige Industriestaaten (+9,8%). Im Detail wurde gegenüber den Staaten Lateinamerikas ein Obligo von 2,56 Mrd EUR und ein Letztrisiko von 2,77 Mrd EUR verzeichnet, wobei 9 von 29 Schuldnerstaaten einen negativen Risiko-

transfer aufwiesen, das heißt, das Letztrisiko der österreichischen Banken gegenüber diesen Staaten konnte durch Garantien, Sicherheiten und sonstige Transaktionen vermindert werden. Bei den Industriestaaten Europas wurde nur gegenüber Luxemburg und Monaco das Risiko verringert, in Summe (34 Staaten) wurde das Letztrisiko ausgehend von einem Gesamtobligo von 131,29 Mrd EUR auf 143,54 Mrd EUR erhöht. Von den sonstigen Industriestaaten wiesen Australien, Neuseeland und Puerto Rico einen negativen Risikotransfer auf. Aufgrund des positiven Saldos bei den USA, Japan, Kanada und den Jungferninseln wies die gesamte Ländergruppe ein Letztrisiko von 26,38 Mrd EUR auf (Obligo: 24,03 Mrd EUR). Während bei den genannten Ländergruppen, bei denen eine Risikoerhöhung verbucht werden musste, Veränderungen von durchschnittlich 9% errechnet wurden, wurden bei den vier Ländergruppen, bei denen das Risiko vermindert werden konnte – abgesehen von den Schwellenländern Europas – extrem hohe Verschiebungen verzeichnet. Die geringste Differenz zwischen Obligo (134,24 Mrd EUR) und Letztrisiko (134,00 Mrd EUR) wurde bei den Schwellenländern Europas mit -0,18% verzeichnet. Hier hielt sich das Verhältnis zwischen Risikoerhöhung und -verminderung innerhalb der Einzelländer die Waage. Von 22 Ländern wurde bei 10 ein negativer Risikotransfer verzeichnet. Gegenüber den Offshore-Zentren wurde das Letztrisiko bereits um 13,7% ausgehend von einem Obligo von 9,99 Mrd EUR verringert. Der negative Risikotransfer dieser Ländergruppe basierte zum Großteil auf der Reduktion des Obligos der Kaimaninseln (4,28 Mrd EUR) auf

2,99 Mrd EUR. Die höchste prozentuelle Verminderung des Risikos wurde bei der Ländergruppe Asien und Pazifik mit $-40,3\%$ festgestellt. Das Obligo wurde von 4,21 Mrd EUR auf 2,51 Mrd EUR reduziert. Auch hier war der Einfluss eines einzelnen Landes (Indonesien) für das Gesamtergebnis der Ländergruppe ausschlaggebend. Bei den Staaten Afrikas und des Mittleren Ostens

wurde bei 28 von 50 Ländern ein geringeres Letztrisiko als Obligo ausgewiesen ($-35,4\%$). Hier zeigte sich, dass die ärmsten Länder auf Garantien angewiesen sind, um überhaupt die Möglichkeit einer Kreditgewährung in Anspruch nehmen zu können. Diese Verminderung des Risikos wird umgekehrt auch bei den Außenständen gegenüber den industrialisierten Staaten als Erhöhung sichtbar.

EZB-Monetärstatistik – die Auswirkungen der meldetechnischen Umstellungen im Bereich der Kreditpositionen auf bestimmte Kreditaggregate

Stand 30. Juni 2005

Seit Juni 2005 melden die österreichischen Monetären Finanzinstitute (MFIs) im Rahmen der EZB-MONSTAT-Meldung¹ sämtliche Kreditpositionen brutto, d. h. inklusive Wertberichtigungen. Diese meldetechnische Umstellung wurde im Rahmen der Erweiterungen in der EZB-MONSTAT aufgrund der Integration von Anforderungen aus dem Bereich Zahlungsbilanz bzw. der währungsweisen Meldung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) durchgeführt.

Aus dieser Umstellung resultieren allerdings Datenbrüche, die die Analyse der aus der EZB-MONSTAT ableitbaren Kreditaggregate erschweren. In der Folge wird für die wichtigsten Kreditaggregate das Ausmaß dieser nicht transaktionsbedingten Veränderungen (NTVs) zum Berichtstermin Juni 2005 auf Basis einer Schätzung quantifiziert. Die am meis-

ten betroffenen Kreditaggregate waren naturgemäß die Kredite an Nicht-MFIs und darunter vor allem die Kredite an private Haushalte und an nichtfinanzielle Unternehmen. Aufgrund der Kenntnis dieser NTVs (sie entsprechen dem Bestand der vorhandenen Wertberichtigungen in den jeweiligen Kreditkategorien per Ende Juni 2005) ist es möglich, für Juni 2005 bzw. darauf folgende Perioden unverzerrte Wachstumsraten für diese Kreditaggregate zu berechnen.

Als zentrale Grundlage für die Schätzung der nicht transaktionsbedingten Veränderungen in den Kreditaggregaten der EZB-MONSTAT-Meldung wurden vergleichbare Daten² des Monatsausweises Teil A gemäß Bankwesengesetz (BWG) herangezogen, wo die Kreditpositionen weiterhin netto (also abzüglich Wertberichtigungen) gemeldet werden. Weiters wurde für die Schätzung der detail-

Alois Klein

¹ Monatliche Bilanzmeldung österreichischer Banken, auf deren Grundlage die OeNB der EZB aggregierte Daten zur Erstellung der konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute für den Euroraum übermittelt.

² Der Monatsausweis Teil A gemäß BWG ist nicht exakt mit der EZB-MONSTAT-Meldung vergleichbar (sowohl methodologische als auch erhebungstechnische Unterschiede liegen vor) – allerdings ist es möglich, für derartige Schätzverfahren sinnvolle analytische Rückschlüsse daraus abzuleiten.

lierteren Kreditpositionen (Aufgliederungen nach Verwendungszweck) die Annahme getroffen, dass die strukturellen Verhältnisse gegenüber der Vorperiode unverändert blieben.

In der Folge werden die wichtigsten Kreditaggregate und das Ausmaß der Verzerrungen durch die Umstellung auf die Bruttomeldepflicht beschrieben.

Ende Juni 2005 errechnete sich auf Basis der Meldungen der österreichischen MFIs ein Kreditvolumen (brutto, d. h. inklusive Wertberichtigungen) an Nicht-MFIs in Österreich in Höhe von 260,23 Mrd EUR. Dies würde einem Wachstum von 6,1% im Vergleich zum Jahresultimo 2004 (Kreditvolumen: 245,18 Mrd EUR exklusive Wertberichtigungen) entsprechen, allerdings ist ein beträchtlicher Teil dieses Wachstums allein auf den Umstellungseffekt von einem Nettoausweis der Kredite auf einen Bruttoausweis zurückzuführen. Aufgrund der Entwicklungen der Kreditvolumina, basierend auf dem Monatsausweis Teil A, lassen sich jedoch die Annahmen über das Ausmaß dieser „nicht transaktionsbedingten Veränderungen“ treffen. Beispielsweise kann davon ausgegangen werden, dass in dem gemeldeten Bestand des Kreditvolumens an Nicht-MFIs in Österreich aus der EZB-MONSTAT für Ende Juni 2005 ein Volumen von 9,51 Mrd EUR an Wertberichtigungen enthalten war.

Aufgrund dieser Kenntnis lässt sich somit eine bereinigte Wachstumsrate für die Kredite an Nicht-MFIs in Österreich im ersten Halbjahr 2005

insgesamt mit einem Wert von 2,3% annehmen. Analog dazu errechnet sich für die ersten neun Monate des Jahres 2005 eine bereinigte Wachstumsrate für dieses Kreditaggregat von 4,3%.

Die Kredite an Nicht-MFIs in Euro wurden wesentlich stärker durch diese meldetechnische Umstellung betroffen. Das Ausmaß der darin enthaltenen Wertberichtigungen wurde mit 9,15 Mrd EUR angenommen, bei den Fremdwährungskrediten an Nicht-MFIs hingegen nur mit 0,36 Mrd EUR. Für die Kredite (in allen Währungen) an private Haushalte wurde ein Schätzwert für die NTVs mit 3,07 Mrd EUR und für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen von 5,61 Mrd EUR angenommen.

Die nachstehende Tabelle enthält folgende Informationen:

- Ausmaß der nicht transaktionsbedingten Veränderungen (NTVs) aufgrund der meldetechnischen Umstellung zum Berichtstermin Juni 2005 für die wichtigsten Kreditkategorien an Nicht-MFIs (Kredite an Nicht-MFIs in Österreich insgesamt, in Euro und in Fremdwährung);
- Gegenüberstellung der *nicht* bereinigten Wachstumsraten für das erste Halbjahr 2005 zu den bereinigten Wachstumsraten, basierend auf den geschätzten NTVs;
- Bestände der Kreditpositionen für September 2005 und die entsprechenden bereinigten Wachstumsraten für die Periode Ende 2004 bis September 2005.

Kredite an Nicht-MFIs in Österreich

Schätzung der nicht transaktionsbedingten Veränderungen (NTVs)

	Bestand		Wachstumsrate H1 05 nicht adjustiert	Nicht transaktionsbedingte Veränderungen (NTVs)	Wachstumsrate H1 05 adjustiert	Bestand		Wachstumsrate Ende Sep. 04 bis Sep. 05 adjustiert
	in Mrd EUR		in %	in Mrd EUR	in %	in Mrd EUR		in %
	Dez. 04	Juni 05				Sep. 05		
Alle Währungen								
Kredite an Nicht-MFIs in Österreich insgesamt	245,18	260,23	6,1	9,51	2,3	265,34	4,3	
Kredite an private Haushalte	88,56	94,92	7,2	3,24	3,5	97,17	6,1	
Kredite an private Haushalte (inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck)	91,33	97,76	7,0	3,24	3,5	99,80	5,7	
Konsumkredite	24,00	26,15	9,0	1,37	3,3	27,02	6,9	
Wohnbaukredite	46,99	49,25	4,8	0,38	4,0	50,40	6,5	
Sonstige Kredite	20,34	22,36	9,9	1,49	2,6	22,38	2,7	
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen	106,82	113,98	6,7	5,79	1,3	116,61	3,7	
Kredite an private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,76	2,84	2,8	0,00	0,0	2,63	-4,9	
In Euro								
Kredite an Nicht-MFIs in Österreich	197,42	209,14	5,9	9,15	1,3	214,13	3,8	
Kredite an private Haushalte	61,04	65,29	7,0	3,07	1,9	66,79	4,4	
Kredite an private Haushalte (inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck)	63,37	67,69	6,8	3,07	2,0	69,00	4,0	
Konsumkredite	18,91	20,79	9,9	1,34	2,8	21,43	6,2	
Wohnbaukredite	30,55	31,47	3,0	0,28	2,1	32,16	4,4	
Sonstige Kredite	13,91	15,43	10,9	1,45	0,5	15,41	0,3	
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen	90,62	97,59	7,7	5,61	1,5	100,44	4,6	
Kredite an private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,32	2,41	3,6	0,00	0,0	2,20	-5,1	
In Fremdwährung								
Kredite an Nicht-MFIs in Österreich	47,76	51,09	7,0	0,36	6,2	51,21	6,5	
Kredite an private Haushalte	27,52	29,64	7,7	0,17	7,1	30,38	9,8	
Kredite an private Haushalte (inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck)	27,96	30,07	7,5	0,17	6,9	30,80	9,6	
Konsumkredite	5,09	5,36	5,4	0,02	5,0	5,58	9,3	
Wohnbaukredite	16,44	17,78	8,1	0,10	7,5	18,25	10,4	
Sonstige Kredite	6,43	6,93	7,8	0,04	7,1	6,97	7,7	
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen	16,20	16,39	1,2	0,18	0,0	16,17	-1,3	
Kredite an private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,44	0,43	-1,9	0,00	0,0	0,42	-3,5	

Quelle: OeNB.

Investmentfonds und Einlagen

Rahmenbedingungen für einen korrekten Vergleich

Ein Vergleich der Spareinlagen mit anderen Anlageprodukten ist ein oft beschriebenes Thema in den Medien. „Das Sparbuch verliert, Fonds holen auf“ lauteten immer wieder Pressemeldungen. Oft werden als Datengrundlage für eine Beurteilung des Anlageverhaltens der Österreicher

die Spareinlagen und der Vermögensbestand der Investmentfonds herangezogen. Doch sind diese beiden Werte für einen Vergleich geeignet?

In der Folge wird dargelegt, dass ein solcher Vergleich nur unter gewissen Rahmenbedingungen sinnvoll erscheint bzw. dass eine Reihe von Fak-

Christian Probst

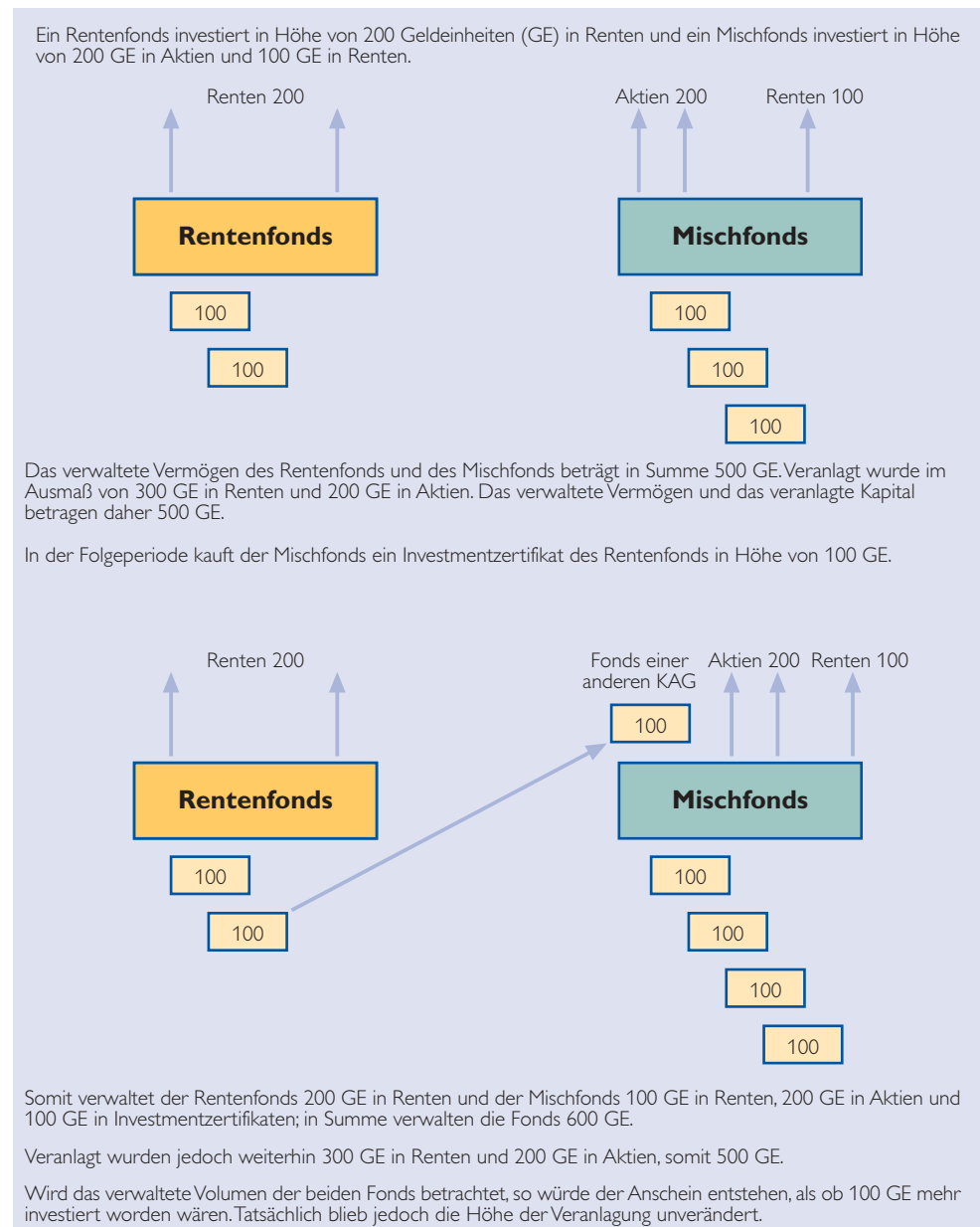
toren ergänzend Berücksichtigung finden sollte.

Bereinigung des Investmentfondsvolumens um Doppelzählungen

Kapitalgesellschaften investieren nicht nur direkt in Aktien- oder Rentenmärkte, sondern veranlagen auch in Investmentzertifikate anderer Kapitalanlagegesellschaften. Während der Kauf von ausländischen Investment-

zertifikaten das Veranlagungsvolumen erhöht, führt der Kauf von inländischen Investmentzertifikaten der eigenen oder einer fremden Kapitalanlagegesellschaft (KAG) zu einer Doppelzählung, die bereinigt werden muss.

Die Korrektur der Doppelzählungen, die durch Dachfonds- bzw. „Fonds in Fonds“-Investitionen erfolgt, soll anhand eines Beispiels dargestellt werden:



Der Vermögensbestand ist daher um inländische Investmentzertifikate zu bereinigen, sodass nur das tatsächlich veranlagte Kapital für den Datenvergleich herangezogen wird.

Zinsen, Erträge und Kursgewinne

Das in Investmentfonds veranlagte Kapital enthält sämtliche Ertragsbestandteile, wie Zinsen, Dividenden und Kursgewinne. Bei dem Vergleich und den daraus folgenden Aussagen ist daher zu beachten, dass ein Anstieg bzw. eine Verringerung des veranlagten Kapitals durch stärkere Kursgewinne bzw. Kursverluste entstanden sein könnte, ohne dass Kapitalzuflüsse oder -abflüsse bzw. eine Änderung des Anlageverhaltens zu diesem Ergebnis geführt haben.

Zinsen bei Sicht-, Termin- und Spareinlagen werden jeweils zum Fälligkeitstag zugerechnet. Während Zinserträge bei Sicht- und Termineinlagen aufgrund der Kurzfristigkeit auch unterjährig zugezählt werden, erfolgt die Zinsgutschrift bei Spareinlagen überwiegend am Ende eines Kalenderjahres. Um auch für Spareinlagen eine Vergleichbarkeit herzustellen, müssen die Spareinlagenzinsen hochgerechnet und den Spareinlagen unterjährig zugerechnet werden.

Definition der Anlegergruppe

Eine weitere wichtige Voraussetzung für einen sinnvollen Vergleich ist, eine möglichst homogene Anlegergruppe zu definieren.

So ist z. B. bei der Einlagenentwicklung der stark schwankende und für das Anlageverhalten wenig aussagekräftige Zwischenbankverkehr auszuscheiden. Es sollten daher aus-

schließlich Nichtbankeneinlagen betrachtet werden.

Da meist das Anlageverhalten österreichischer Anleger im Mittelpunkt des Interesses steht, sollte insbesondere die Kundengruppe der inländischen Nichtbanken für den Vergleich gewählt werden.

Der gleiche Fokus müsste auch bei der Analyse der Veranlagung in Investmentfonds angesetzt werden.

Dabei sind für die Berechnung des veranlagten Investmentfondskapitals der Kundengruppe inländischer Nichtbanken folgende Aspekte zu beachten:

Zunächst stellt sich die Frage, ob die Anlagekategorie „Spezialfonds“ ausgeschieden werden soll. Spezialfonds werden überwiegend für institutionelle Anleger, wie Versicherungen und Pensionskassen, aufgelegt. Da einerseits hinter den institutionellen Anlegern meist private Haushalte (z. B. fondsgebundene Lebensversicherung) stehen, andererseits die institutionellen Anleger in der Einlagenentwicklung (insbesondere Termineinlagen) ebenfalls enthalten sind, ist die Anlegerkategorie Spezialfonds einzubeziehen.

Weiters sollte das von Banken in inländische Investmentfonds veranlagte Volumen, das in der monatlichen Rohbilanz der Banken ersichtlich ist, von dem Vergleich ausgeklammert werden. Als verbleibende Restgröße ergibt sich damit der Vermögensbestand von inländischen und ausländischen Nichtbanken.

In einem nächsten Schritt ist das Volumen der ausländischen Fondsanleger in Abzug zu bringen, das aus den Daten der Finanzierungsrechnung entnommen werden kann.

Vergleich der Einlagenentwicklung mit dem veranlagten Kapital in Investmentfonds

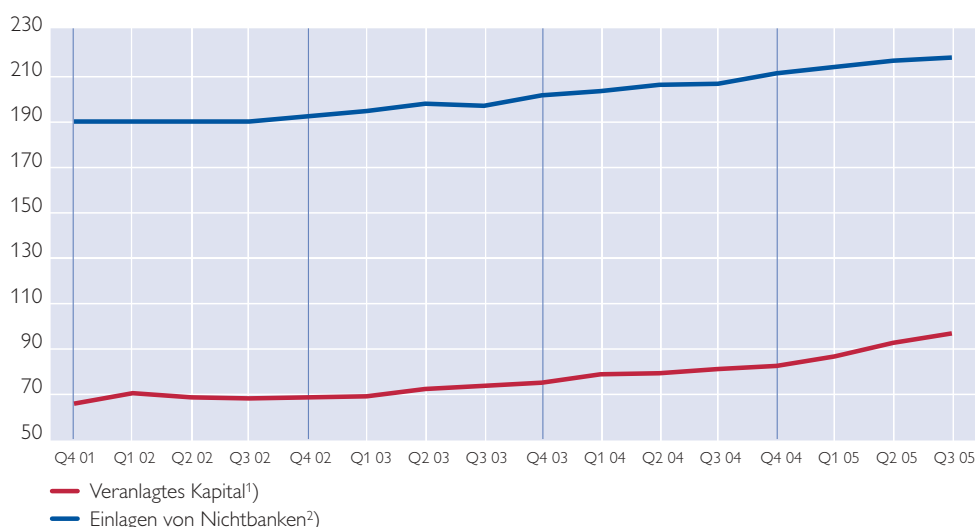
Nach Abschluss der beschriebenen Bereinigungen zeigt der Vergleich

zwischen Einlagen inländischer Nichtbanken (Einlagen) mit dem von Inländern in österreichischen Investmentfonds veranlagten Kapital (veranlagtes Kapital in Investmentfonds) folgendes Bild.

Grafik 1

Entwicklung des von inländischen Nichtbanken veranlagten Kapitals in Investmentfonds und der inländischen Nichtbankeneinlagen bei Kreditinstituten

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

¹⁾ Entwicklung des von inländischen Nichtbanken veranlagten Kapitals (Vermögensbestand abzüglich inländischer Investmentzertifikate).

²⁾ Entwicklung der Sicht-, Termin- und Spareinlagen von inländischen Nichtbanken bei Kreditinstituten inklusive Spareinlagenzinsen.

Der österreichische Anleger zeigt ein sehr konservatives, risikominimierendes Anlageverhalten.

Die Einlagen von inländischen Nichtbanken stiegen von 189,6 Mrd EUR Ende Dezember 2001 auf 217,9 Mrd EUR Ende September 2005, was einem durchschnittlichen Anstieg des Einlagenvolumens von 1,89 Mrd EUR pro Quartal entspricht. Das veranlagte Kapital inländischer Nichtbanken in Investmentfonds erhöhte sich in diesem Zeitraum um 31,3 Mrd EUR bzw. 2,09 Mrd EUR pro Quartal auf 95,8 Mrd EUR.

Die Relation der Einlagen zum veranlagten Kapital in Investmentfonds veränderte sich dadurch zugun-

sten der Fonds von 75:25 Ende Dezember 2001 auf 70:30 Ende September 2005. Allerdings waren überwiegend die relativ hohen Kursgewinne der Investmentfonds für diese deutliche Entwicklung verantwortlich.

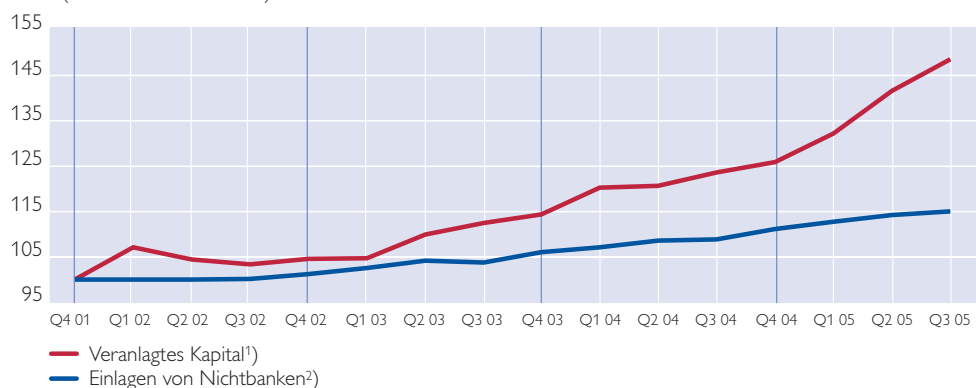
Sowohl hohe Aktienkursgewinne als auch die durch sinkende Zinsen lukrierten Kursgewinne der Rentenwerte wirkten sich erhöhend auf das in Investmentfonds veranlagte Kapital aus. Bei den Einlagen hingegen, die überwiegend im kurzfristigen Laufzeitbereich liegen, drückten die niedrigen Zinsen das Veranlagungsergebnis.

Wenngleich bei relativer Betrachtung eine wesentlich höhere Veranla-

Grafik 2

Indexbasierte Entwicklung des von inländischen Nichtbanken veranlagten Kapitals in Investmentfonds und der inländischen Nichtbankeneinlagen bei Kreditinstituten

Index (Dezember 2001 = 100)



Quelle: OeNB.

¹⁾ Entwicklung des von inländischen Nichtbanken veranlagten Kapitals (Vermögensbestand abzüglich inländischer Investmentzertifikate) – Basis: Stand Dezember 2001.

²⁾ Entwicklung der Sicht-, Termin- und Spareinlagen von inländischen Nichtbanken bei Kreditinstituten – Basis: Stand Dezember 2001 – inklusive Spareinlagenzinsen.

gungsdynamik bei den Investmentfonds zu beobachten war, blieb der absolute Mittelzufluss, mit wenigen

Ausnahmen, in den Einlagenkategorien höher als in den Investmentfonds.

Kreditentwicklung der volkswirtschaftlichen Sektoren im Zeitraum September 2004 bis September 2005

Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute

Basierend auf den Daten des Monatsausweises Teil A1 wird die Kreditentwicklung im Jahresabstand zum Stichtag 30. September 2005 beleuchtet. Es werden in der Folge allerdings nur die Forderungen an *inländische* Kunden näher erläutert, da die Forderungen an ausländische Kunden lediglich in Summe gemeldet werden.

Die Kreditnachfrage an inländische Nichtbanken in Euro und Fremdwährung erlebte zwischen September 2004 und September 2005 eine deutliche Belebung und erhöhte sich um 4,7% bzw. 11,71 Mrd EUR. Dieses Kreditwachstum war vor allem durch eine verstärkte Kreditnachfrage der

privaten Haushalte getrieben. Mit 6,84 Mrd EUR Zuwachs entfielen rund 60% auf diesen Sektor. In den übrigen volkswirtschaftlichen Sektoren konnte ebenfalls fast überall eine ansteigende Kreditnachfrage festgestellt werden. Während nichtfinanzielle Unternehmen (+2,95 Mrd EUR) und Nichtbanken-Finanzintermediäre (+2,00 Mrd EUR) auch relativ stark zulegten, stagnierte der Sektor Staat (inklusive Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) mit einem Wachstum von 0,4%. Lediglich die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Vereine, Kirchen, Parteien) wiesen einen Rück-

Nikolaus Böck

gang ihrer Nachfrage im Ausmaß von 7,3% (−0,21 Mrd EUR) aus. Insgesamt betragen die Forderungen an inländische Kunden in Euro und Fremdwährung 261,55 Mrd EUR.

Betrachtet man die Kreditentwicklung im Inland getrennt nach Währungen, zeigte sich kein einheitliches Entwicklungsschema. Von den 11,71 Mrd EUR Gesamtwachstum entfielen rund zwei Drittel (+7,70 Mrd EUR) auf die Forderungen in Euro. Im Jahresabstand betrachtet waren erneut die privaten Haushalte (+3,22 Mrd EUR) und die nichtfinanziellen Unternehmen (+3,21 Mrd EUR) mit fast identen Wachstumszahlen die dominanten Sektoren. Die Nichtbanken-Finanzintermediäre wiesen noch eine ansteigende Nachfrage aus, während die volkswirtschaftlichen Sektoren Staat (−0,6%) und private Organisationen ohne Erwerbszweck (−6,3%) marginale absolute Rückgänge verzeichneten. Insgesamt betrug der Stand der Euro-Kredite an inländische Nichtbanken zum 30. September 2005 210,49 Mrd EUR. Davon entfielen auf nichtfinan-

zielle Unternehmen 96,85 Mrd EUR bzw. auf private Haushalte 68,60 Mrd EUR, also rund 46% bzw. 33%. Der Staat nahm 28,90 Mrd EUR auf, gefolgt von den Nichtbanken-Finanzintermediären mit 13,89 Mrd EUR und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit 2,27 Mrd EUR.

Bei den Fremdwährungskrediten zeigte sich folgendes Bild: Von den 4,01 Mrd EUR Wachstum in Fremdwährungen wurde der wesentlichste Teil von den privaten Haushalten (+3,63 Mrd EUR) aufgenommen. Tendenziell ansteigende Nachfrage vermeldeten noch die Sektoren Nichtbanken-Finanzintermediäre (+0,39 Mrd EUR) sowie der Staat (+0,33 Mrd EUR). Die restlichen Sektoren verzeichneten Rückgänge im Kreditvolumen. Etwas mehr als 90% der gesamten Fremdwährungsforderungen entfielen auf die beiden Sektoren private Haushalte (60,1%) bzw. nichtfinanzielle Unternehmen (31,1%). Der Stand der Fremdwährungsforderungen betrug Ende September 2005 51,06 Mrd EUR.

Österreichs Wertpapieranleger auf Rekordkurs Zahlungsbilanz in den ersten drei Quartalen 2005

Matthias Fuchs

Die grenzüberschreitenden Wertpapierinvestitionen Österreichs erreichten in den ersten drei Quartalen 2005 einen neuen Rekord jenseits der 30 Mrd-EUR-Schwelle. Potenziell ertragreiche Veranlagungen in Aktien und Investmentzertifikate spielten dabei eine zunehmend wichtige Rolle. Der ungebrochene Erfolgskurs des österreichischen Aktienindex (ATX) spiegelt umgekehrt die hohe Attraktivität österreichischer Unternehmen im Ausland, insbesondere infolge ihrer erfolgreichen Oststrategie, wider.

Mit 36,1 Mrd EUR erreichte das in ausländische Wertpapiere investierte Volumen in den ersten drei Quartalen 2005 einen neuen Spitzenwert. Selbst der bisherige Rekordwert, nämlich die Veranlagungen des gesamten Jahres 2000 (29,2 Mrd EUR), wurde deutlich übertroffen. Das geringe Zinsniveau und die Aufwärtstendenzen der internationalen Börsen rückten in jüngster Zeit Aktien und Investmentzertifikate wieder verstärkt in den Blickpunkt der Anleger: In den ersten neun Monaten 2005 flossen 3,6 Mrd EUR in auslän-

dische Anteilscheine (Vergleichszeitraum 2004: 2,5 Mrd EUR), wovon allein 1,5 Mrd EUR auf das dritte Quartal 2005 entfielen. Hier zeigt sich ein Substitutionseffekt: Langfristige Rentenpapiere, die im Berichtszeitraum im Umfang von 23,1 Mrd EUR (Vergleichszeitraum 2004: 17,4 Mrd EUR) gekauft wurden, tendierten im dritten Quartal etwas schwächer.

Auch der Absatz österreichischer Wertpapiere an das Ausland in Höhe von 25,8 Mrd EUR wurde vor allem von Anteilscheinen stimuliert. Österreichische Unternehmen boten ausländischen Anlegern im Jahr 2005 weiterhin attraktive Veranlagungsmöglichkeiten und hielten den ATX damit auf Erfolgskurs. Von Jänner bis September 2005 flossen 4,8 Mrd EUR in inländische Aktien und Investmentzertifikate (Vergleichszeitraum 2004: 2,9 Mrd EUR). Die große Anziehungskraft der Wiener Börse auf internationales Kapital ist vor allem mit dem erfolgreichen Engagement österreichischer Unternehmen in Osteuropa zu erklären. Infolge der positiven Wachstumsperspektiven dieser Region hat sich der stark ostorientierte Finanzplatz Wien bei internationalen Investoren einen guten Ruf erarbeitet. Der Zugang zu ausländischen Kapitalquellen ist eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Expansion österreichischer Unternehmen in Osteuropa. Im Gegensatz zu Anteilscheinen blieben in den ersten drei Quartalen 2005 inländische Rentenwerte, die in Höhe von

19,9 Mrd EUR an das Ausland verkauft wurden, unter dem Vergleichswert 2004 (23,0 Mrd EUR). Vor allem im dritten Quartal wurden per Saldo langfristige Titel von Österreich zurückgekauft bzw. getilgt.

Der Nettoanstieg österreichischer Unternehmensbeteiligungen von 2,7 Mrd EUR auf 4,5 Mrd EUR wurde vorwiegend durch – im Vergleich zu 2004 – geringere Beteiligungsaufösungen bestimmt. Brutto veranlagten österreichische Direktinvestoren im Berichtszeitraum mit 6,0 Mrd EUR etwas weniger als in den ersten drei Quartalen 2004 (6,3 Mrd EUR). Ausländische Investoren steigerten dagegen ihr Engagement in Österreich spürbar, woraus sich Nettobeteiligungen in Höhe von 3,6 Mrd EUR ergaben (Vergleichszeitraum 2004: 2,4 Mrd EUR).

Das vorwiegend von den Banken bestimmte Kredit- und Einlagengeschäft ergab für Österreich in den ersten drei Quartalen 2005 einen Finanzierungsbedarf gegenüber dem Ausland von 10,7 Mrd EUR. Dieser wurde vor allem durch den Aufbau kurzfristiger Einlagen ausländischer Investoren im Umfang von 17,0 Mrd EUR (Vergleichszeitraum 2004: 7,9 Mrd EUR) gedeckt.

Der Leistungsbilanzsaldo lag mit 1,0 Mrd EUR innerhalb des von der Oesterreichischen Nationalbank als ausgeglichen bezeichneten Bereichs von $\pm 1\%$ des BIP (Vergleichszeitraum 2004: 0,6 Mrd EUR).

Finanzvermögen des privaten Sektors stark angestiegen Quartalsergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung¹

Michael Andreasch

Finanzierungsüberschuss des privaten Sektors betrug 6,3 Mrd EUR in den ersten drei Quartalen 2005

Der positive Finanzierungssaldo des privaten Sektors (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck) in den ersten drei Quartalen 2005 war mit einem Überschuss von 6,3 Mrd EUR um 3,8 Mrd EUR höher als im Vergleichszeitraum 2004.

Treibende Kraft hinter dieser Expansion in den ersten drei Quartalen waren einerseits die privaten Haushalte, die eine Geldvermögensbildung von 14,5 Mrd EUR bei einer gleichzeitigen Neuverschuldung von 6,6 Mrd EUR zu verzeichnen hatten. Ihr finanzieller Überschuss war damit rund 18% höher als jener in den ersten drei Quartalen 2004. Andererseits war der Nettoverpflichtungsaufbau der Unternehmen in der aktuellen Beobachtungsperiode mit einem Wert von 1,5 Mrd EUR gegenüber 4,1 Mrd EUR in der Vergleichsperiode 2004 deutlich geringer.

Der private Sektor lieferte damit einen wesentlichen Beitrag zum Nettokapitalabfluss (entweder direkt oder über den inländischen Finanzsektor) an das Ausland.

Die Preiseffekte aus Wertpapierveranlagungen und Beteiligungen führten in den ersten drei Quartalen 2005 zu einem signifikanten Anstieg des Geldvermögens des privaten Sek-

tors sowie der Verpflichtungen der Unternehmen.

Im dritten Quartal 2005 hatte der private Sektor mit 620 Mio EUR einen gegenüber den beiden vorangegangenen Quartalen deutlich geringeren Finanzierungsüberschuss.

Sichteinlagen, inländische Rentenfonds und Lebens- versicherungen dominieren die Geldvermögens- bildung der privaten Haushalte² im dritten Quartal 2005

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wuchs nicht zuletzt aufgrund der Auswirkungen des Steuerpakets schneller als die – im langjährigen Vergleich – unterdurchschnittlichen Konsumausgaben, wodurch sich die Sparquote³ im Jahr 2005 weiter erhöht haben dürfte. Da aber auch die Sachvermögensbildung der privaten Haushalte, insbesondere die Wohnbauinvestitionen, relativ schwach wuchs, flossen die verfügbaren Finanzmittel in die Geldkapitalbildung. Diese erreichte in den ersten drei Quartalen 2005 einen Wert von 14,5 Mrd EUR; das entspricht einem Plus von 18% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Im dritten Quartal 2005 erhöhten die privaten Investoren ihr Geldvermögen aus Neuinvestitionen um 3,9 Mrd EUR, wovon 1,6 Mrd EUR (40%) auf die Erhöhung ihrer Einlagen- und Bargeldbestände zurückzu-

¹ Redaktionsschluss: 30. Dezember 2005.

² Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ 2004: 9,0%; Dezemberprognose für 2005: 10,2% (OeNB), 9,4% (WIFO) und 9,7% (IHS).

führen waren. Der größte Wachstumsbeitrag kam, wie schon im ersten Halbjahr 2005, von der Erhöhung der Sichteinlagen, während Spareinlagen nur noch durch die kapitalisierten Zinsen stiegen.

Die Wertpapierinvestitionen waren im dritten Quartal 2005 mit Neuveranlagungen (einschließlich der wieder veranlagten Erträge) in Höhe von 1 Mrd EUR deutlich geringer als im ersten Halbjahr (3,9 Mrd EUR). Allerdings verringerte sich auch das Angebot der Neuemissionen und dies insbesondere bei inländischen Aktien. Private Haushalte erwarben primär inländische Investmentzertifikate. Drei von vier Euro der gesamten Wertpapierinvestitionen im dritten Quartal 2005 flossen in diese Kategorie, wobei – ungeachtet der anhaltend positiven Entwicklung auf den Aktienmärkten – vor allem Zertifikate von Rentenfonds erworben wurden. Zum 30. September 2005 hatten die privaten Haushalte inländische Investmentzertifikate in Höhe von 37,1 Mrd EUR in ihrem Besitz. Vom gesamten veranlagten Kapital aller inländischen Fonds besaßen Privatinvestoren 29% und waren damit die größte Anlegergruppe.⁴ Neben Investmentzertifikaten erwarb der private Haushaltssektor im dritten Quartal 2005 auch Wohnbauanleihen in Höhe von 380 Mio EUR, die bis zu einer Verzinsung von 4% KEST-befreit sind.

In den Daten für die ersten drei Quartale 2005 wird die seit einigen Jahren zunehmende Bedeutung der privaten Pensionsvorsorge in der Geldvermögensbildung besonders sichtbar. Die Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen

stiegen in diesem Zeitraum um insgesamt 4,8 Mrd EUR; davon entfielen auf zusätzliche Ansprüche aus Lebensversicherungen 3,6 Mrd EUR und gegenüber Pensionskassen 440 Mio EUR. Die Erhöhung dieser Ansprüche machte damit 28% der gesamten Geldvermögensbildung der österreichischen Haushalte aus. Die entsprechenden Forderungen erreichten zum Ende des dritten Quartals 2005 einen Wert von 63,5 Mrd EUR, der knapp weniger als ein Fünftel des gesamten Geldvermögens darstellte.

Zum 30. September 2005 hatten die Österreicher ein Geldvermögen in Höhe von 351,1 Mrd EUR, das in den ersten neun Monaten um 21,2 Mrd EUR (6,4%) anstieg, wovon rund ein Drittel in Höhe von 6,6 Mrd EUR auf Kurssteigerungen durch die positive Performance von Aktien und Investmentzertifikaten entfiel. Die buchmäßigen Kursgewinne erreichten somit 45% der Geldvermögensbildung und lagen um 2,6 Mrd EUR über dem Jahresergebnis von 2004. Bei möglicher Realisierung dieser Bewertungsgewinne steht den Privatanlegern damit neben dem verfügbaren Einkommen ein zusätzliches Potenzial⁵ für Konsumzwecke oder Investitionen zur Verfügung. Aufgrund der Konzentration des Wertpapierbesitzes innerhalb des Haushaltssektors kommt dieses Potenzial insbesondere einkommensstärkeren Investorenschichten zugute.

Die Kreditaufnahmen der Haushalte waren, wie bereits im zweiten Quartal, zwischen Juli und September 2005 mit einem Volumen von 2,7 Mrd EUR anhaltend hoch. In den ersten drei Quartalen 2005 stieg die Neuverschuldung um 6,6 Mrd

⁴ Siehe dazu auch die Analyse zu „Wertpapierportefeuilles privater Haushalte in Österreich“ in diesem Heft.

⁵ Die Kursgewinne entsprechen rund 6% des verfügbaren Einkommens privater Haushalte.

EUR. Die zusätzlichen Mittel wurden in den ersten neun Monaten zu 43% in Fremdwährungen aufgenommen, die aber im Jahresverlauf weniger schnell wuchsen als die Gesamtverpflichtungen. Im dritten Quartal 2005 lag ihr Anteil erstmals – seit dem dritten Quartal 2001 – wieder unter 40%. Private Haushalte stockten vor allem die Wohnbaukredite um 3,4 Mrd EUR (drittes Quartal 2004: 1,4 Mrd EUR) und die Konsumkredite um 2,2 Mrd EUR (drittes Quartal 2004: 900 Mio EUR) auf. Die Verschuldung der privaten Haushalte stieg seit Jahresanfang 2005 um 5,9% auf 126,4 Mrd EUR. Die Nettovermögensposition aus Finanztiteln erreichte zum 30. September 2005 einen Wert von 224,7 Mrd EUR; sie erhöhte sich seit Jahresanfang um 6,7%.

Geringer Finanzierungsbedarf der Unternehmen in den ersten drei Quartalen 2005

Die lebhafte Exportkonjunktur dürfte im zweiten Halbjahr 2005 die Investitionstätigkeit, die im ersten Halbjahr nicht zuletzt aufgrund des Auslaufens der fiskalischen Investitionsförderung stagnierte, wieder beleben. Die gute Gewinnentwicklung wird vermutlich zu einem Anstieg der Innenfinanzierungsquote führen. Dementsprechend lag der Nettofinanzierungsbedarf, trotz nach wie vor sehr günstiger Finanzierungsbedingungen, in den ersten drei Quartalen mit einem Wert von 1,5 Mrd EUR unter den Vergleichswerten der vergangenen vier Jahre.

Die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften nahmen im dritten Quartal 2005 Finanzmittel in Höhe

von 3,2 Mrd EUR auf. Insgesamt erreichte der Verpflichtungsaufbau in den ersten neun Monaten 12,6 Mrd EUR. Die Außenfinanzierung erfolgte in diesem Zeitraum zur Hälfte durch zusätzliche Kreditaufnahmen, zu 40% über Eigenkapitalfinanzierungen und zu 10% durch Emissionen von kurz- und langfristigen Wertpapieren.

Die Verpflichtungsposition der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften betrug zum 30. September 2005 350,5 Mrd EUR. Die Erhöhung um 11,5% (36 Mrd EUR) gegenüber dem Jahresultimo 2004 ist nur zu einem Drittel auf die Neuverschuldung zurückzuführen. Die gute Performance des inländischen Aktienmarktes erhöhte den Wert der Unternehmensbeteiligungen und damit die Verpflichtungen der Unternehmen in den ersten neun Monaten – allein aus Preiseffekten – um 18 Mrd EUR. Dieser Preisanstieg beeinflusste wesentlich den Rückgang des Verhältnisses der Schulden aus Fremdfinanzierung zum Eigenkapital auf eine Quote von 143%. Die Nettovermögensposition der Unternehmen war zum 30. September 2005 mit 166,6 Mrd EUR negativ.

In den ersten drei Quartalen 2005 betrug die Geldvermögensbildung der Unternehmen 11,1 Mrd EUR und erhöhte das Geldvermögen seit Jahresanfang um 6,7%. Der Forderungsaufbau lag damit deutlich über den Vergleichswerten der Jahre 2001 bis 2004. Dieses starke Wachstum resultierte vor allem aus dem Ankauf von Investmentzertifikaten (2,4 Mrd EUR) und verzinslichen Wertpapieren (2,7 Mrd EUR) sowie aus dem Erwerb von Aktien und zusätzlichen Beteiligungen (insgesamt 3,7 Mrd EUR).